

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger:  
Riesner  
Gartenstr. 20.  
Telefon Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gersdorf, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsdruckerei:  
Riesner  
Gartenstr. 20.  
Telefon Nr. 22.

Nr. 15.

Sonntag, 18. Januar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort, Riesa. Häufige Unterhaltungsbeilagen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verfall: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die finanzielle Mobilisierung.

So unangenehm der Begriffschmerz ist, den das Wort „Mobilisierung“ im militärischen Sinne hat, so angenehm ist es zu hören, wenn es sich um die Mobilisierung finanzieller Kräfte handelt. In einem Falle pflegt ein großes Reichungswort, im anderen ein großes Ausbauprogramm zu beginnen. Die finanzielle Mobilisierung, die jetzt im Haag beschlossen worden ist, stellt eine Mischung aus beiden Tendenzen dar. Es muß ja nun der Young-Plan in die Wirklichkeit überführt werden, der die Verwirklichung der deutschen Reparationsverpflichtungen in ein rein kommerzielles Geschäft vorführt. Soweit dies angeht, wird die Politik endlich aus der Reparationsfrage ausgeschieden, und im Zusammenhange damit verschwinden ja schließlich auch die letzten Sanktionsdrohungen als wesentliche Gegebenheiten im Hintergrund. Nur leider werden die jetzt inoffiziell gemachten Vereinbarungen nicht ohne weiteres einer großen internationalen Aufbauarbeit zugeführt werden, sondern müssen, wie schon ihr Name sagt, der Wiederherstellung der durch den Krieg angelegten Schäden dienen: es muß also ein Reparationswert zunächst, soweit das nachträglich noch möglich ist, wieder ausgetrieben werden, ehe der positive Aufbau beginnen kann. Aber auch so muß man es begrüßen, daß sich die ehemaligen Kriegsgegner, auf politischem Gebiet immer noch entweit genug, auf finanziellem Gebiete wenigstens zur Zusammenarbeit entschlossen haben. Es muß jetzt eine Anleihe aufgelegt werden, die erste einer Serie von Reparationsanleihen, die dem nach Geld verlangenden Frankreich das erste bare Entgelt der langwierigen Reparationsverhandlungen des letzten Jahres bringen soll. So weit hat aber andererseits die geschäftliche Einsicht geführt, daß Deutschland keine Anleihen garantieren kann, wenn es nicht auch für sein eigenes Wirtschaftswesen die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt bekommt. Insbesondere haben Reichsbahn und Reichspost ihren Finanzbedarf angedeutet. So kann man es nun als einen Schritt von unmittelbarer Bedeutung betrachten, daß sich gleich in das Ergebnis der ersten Reparationsanleihe Frankreich und Deutschland teilen müssen. Sowohl Generaldirektor Dormüller von der Reichsbahn wie der Reichspostminister Schädel sind zu entsprechenden Verhandlungen im Haag eingetroffen. Was an formalen Schwierigkeiten für diese praktische Beförderung der Interessen besteht, wird mit Hilfe der Vermittlung amerikanischer Banken überwunden, und die Reparationsbank in Basel wird also bald mit diesen ersten großen Konten ihre Arbeit beginnen können. Auch das kann man als funktionsfähig bedeutsam betrachten, daß diese erste große internationale Bank ihren Sitz auf Schweizer Boden hat, also in einem Lande, dessen man schon seit Jahrzehnten die sicherste Wirtshaft ist, nicht nur Musterbeispiel, sondern zugleich auch wertvollster Helfer europäischer Weltbewegung zu sein. Wenn man freilich gehofft hatte, die Schweiz würde auf die Ausübung dieser Mission auch im vorliegenden Falle so stolz sein, daß sie der neu zu gründenden Reparationsbank die sonst üblichen Steuern erlassen werde, so hat man sich darin freilich getäuscht. Ihre 2 Millionen Patentgebühren will die Schweiz einziehen, und in den modernen Lebensstil paßt das schließlich nun einmal hinein; ideale Bestimmung ist gut und schön, aber Geschäfte machen auch. Warum also auf das letzte verzichten, wenn das erstere dadurch nicht vermindert wird?

Nun kann freilich Deutschland nicht nach vielen Seiten gleichzeitig größte finanzielle Verpflichtungen auf sich nehmen. Im Schatten der Verhandlungen über die erste Reparationsanleihe verständig gelegentlich die Erinnerung an die Juar-Kreuzer-Anleihe. Die Franzosen freilich haben keinen Augenblick vergessen, daß diese bevorstehende Schandenanleihe einen Teil der deutschen Finanzkraft außerhalb der Reparationsverpflichtungen festlegt. Nun, wo die finanzielle Mobilisierung ernst wird, ist also auch dieses Problem noch zu lösen, und Herr Juar Kreuzer, der schwebende Rindholstönig, mußte sich gleichfalls in Berlin nach dem Haag begeben. Seine Aufgabe wird es vornehmlich sein, die Sorgen des französischen Ministerpräsidenten zu zerstreuen. Ob auch er sich noch in diese ersten internationalen Anleiheverhandlungen wird einschalten lassen? Auf alle Fälle sieht man eine neue Epoche der finanziellen Weltgeschichte beginnen. Die altmodischen Formen des Kriegstrustfonds und -zinsens sind abgetan. Das Weltkriegs erwachsen Weltverpflichtungen. Keine Nation kann mehr mit ihren finanziellen Problemen allein fertig werden. In fast in den untersten Hand und Wandel verflochten. Um die große neue Weltbank sammeln sich die Anleiheinteressenten; von ihnen ist jeder nicht nur am Gedenken der neuen Bank, sondern auch an dem Verhältnis seiner eigenen Anleihe zu anderen interessiert. Es muß nun auch in die internationale Finanzwirtschaft gebracht werden. Wo militärische Mobilisierung die Völker auseinanderreißt, bringt die finanzielle Mobilisierung sie wieder zusammen. Mit sehr verschiedenen und oft recht gemischten Gefühlen müssen Unterländer und Geldgeber, mögen Staatsmänner und Völker in dieses internationale Ringen hineingehen. Inletzt entscheiden doch nicht diese Gefühle, sondern der Zwang der Sache. Man wird sich einigen, weil man sich einigen muß, und so leidet einmal wieder die Logik der Tatsachen mehr, als die Logik schöner Moralpredigten.

## Die Haager Konferenz tagt noch bis Montag.

Einigung in der Mobilisierungsfrage.

Gemeinsame 1200-Millionen-Anleihe, davon 800 Millionen für Frankreich und 400 Millionen für Reichspost und Reichsbahn.

\* Haag. (Telunon.) Die Ausdehnung der Haager Konferenz bis Montag nächster Woche ist nunmehr beschlossen worden. In der Freitagabend-Sitzung der sechs einladenden Mächte gelangte man nach kurzer Verhandlung zu der Überzeugung, daß eine Durchdringung des vorliegenden umfangreichen Materials bis Sonntagabend ausgedehnt sein sei. Es wurde daher beschlossen, auf Montag vormittag eine Vollversammlung der Konferenz einzuberufen.

Einigung in der Mobilisierungsfrage.

\* Haag. (Telunon.) In den späten Abendstunden des Freitag ist es zu einer Einigung in der Mobilisierungsfrage gekommen.

Die fünf alliierten Gläubigermächte (Italien mit Deutschland ein Abkommen ab, nach dem zunächst von der ersten Forderung der deutschen Reparationsanleihe eine internationale Anleihe in Höhe von 1200 Mill. aufgenommen wird. Davon erhalten die Gläubigermächte 1/3, Deutschland 1/3. Der hierdurch dem deutschen Reich zustehende Betrag wird der Reichsbahn und der Reichspost zur Verfügung gestellt und entspricht, wenn auch nicht vollkommen, dem von den Schuldverpflichtungen beanspruchten Betrag. Ferner ist in dem Abkommen vorgesehen, daß Deutschland bis zum 1. Okt. 1930 keine internationalen Anleihen aufnimmt. Diese Sperre wird bis zum 1. April 1931 verlängert, falls nach dem 1. Okt. die B.Z. der Anleihe ist, daß der Markt für die Mobilisierung der deutschen Reparationen noch nicht ganz ausnahmslos ist. Die Sperre fällt jedoch, falls die erste Forderung der deutschen Reparationsanleihe vollständig mobilisiert ist. Nach § 6 dieses Abkommens verpflichtet sich Deutschland, sich nach dem 1. April 1931 bei jeder internationalen Anleihe zuerst mit der B.Z. zu verständigen.

In der Sitzung der sechs einladenden Mächte ist ferner von französischer Seite die Forderung gestellt worden, daß die Durchführung der Kreuzeranleihe auf das Rindholstönig durch die B.Z. erfolgen solle. Diese Forderung ist von seiten der deutschen Abordnung abgelehnt worden, die ihrerseits eine Erklärung abgab, wonach der Zinsendienst der Reparationsanleihe in keiner Weise durch den Zinsendienst der Kreuzeranleihe diskriminiert werden wird. Die Kreuzeranleihe hat in den weiteren Verhandlungen jedoch keine Schwierigkeiten mehr bereitet.

## Tardieu über die Einigung in der Mobilisierungsfrage.

\* Haag. Tardieu erklärte am Freitagabend auf einem Presseempfang, mit Deutschland sei in der Mobilisierungsfrage vollständige Einigung erzielt worden. Die Gläubigermächte hätten zuerst die Befürchtung gehabt, daß die Mobilisierung der ersten Forderung der deutschen Reparationsanleihe durch andere deutsche Anleiheleistungen empfindlich gestört werden würde. Diese Gefahr sei nun durch das Abkommen beseitigt. Auch der bereits besprochenen Einzelheiten des Abkommens über die erste Reparationsanleihe erklärte Tardieu, Deutschland habe sich verpflichtet, sich an der Ausgabe der Reparationsanleihe zu beteiligen. Deutschland habe sich ferner dazu verpflichtet, daß der Zinsendienst der Kreuzeranleihe keineswegs den Zinsendienst für den ungezügeltsten Teil der deutschen Jahreszahlungen übersteigen dürfe. Das gegenwärtige Abkommen stelle ein Programm für die zukünftige Zusammenarbeit.

## Die angebliche Neuherung Dr. Births im Haag.

\* Haag. Vor Beginn der gestrigen Nachmittagskonferenz um 5 Uhr gab Reichsminister Dr. Birth im Einvernehmen mit der englischen Delegation folgende Erklärung ab: Durch die deutsche Presse ließen Neuherungen des englischen Pressechefs Stewart über Bemerkungen, die Reichsminister Dr. Birth anlässlich der Besprechung der Sanktionsfrage im Kreise der sechs einladenden Mächte getan haben soll. Die Neuherungen, wie sie in einem Teil der deutschen Presse wiedergegeben sind, sind nicht gefallen. Und auch der englische Pressechef hat sie so, wie behauptet wird, nicht weitergegeben.

## Das Reichsbankgesetz gefährdet.

\* Haag. Die aus dem Haag verbreitete Meldung, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Neufassung des Reichsbankgesetzes abgelehnt habe, hat keinen materiellen Hintergrund. Das Reichsbankgesetz ist unter Dach und Fach. Eine Zustimmung des Reichsbankpräsidenten ist davon nicht mehr abzusehen.

Bei der damaligen Besprechung handelte es sich um die Beantwortung der vom schwedischen Snowden gestellten Frage, ob bei einer etwaigen Diskriminierung einer einzelnen Nation durch Deutschland auch diese einzelne Nation in dem gegebenen Falle vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof Klage erheben könne. Diese Frage wurde dem Veritasbericht entsprechend geäußert wie damals befragt. Im übrigen betonte gestern abend Reichsminister Dr. Birth, daß eine solche Diskriminierung praktisch nicht in Frage kommen könne, da ja Deutschland nicht die einzelnen Gläubigermächte auszuwählen, sondern die Aufgabe der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sei. Snowden schloß sich der Feststellung des Reichsministers Dr. Birth an.

## Mehrere Berliner Blätter

nehmen an dem Demersal des Reichsministers Dr. Birth über Bemerkungen, die er anlässlich der Sanktionsfrage im Kreise der einladenden Mächte getan haben soll, eingehend Stellung. Der „Völkischer“ stellt fest, daß die Erklärung Dr. Births das Dunkel, aus dem die gegen ihn gerichteten Vorwürfe stammten, nicht völlig aufhellen. Sie unterstreichen nur die Tatsache, daß in dem Meinungsstreit zwischen Tardieu und Snowden nicht der Engländer die deutsche Unterdrückung gefunden habe. — Die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß Dr. Birth dementsprechend an dem Punkt vorbei gehe. Es habe sich um nichts anderes gehandelt als um einen Bericht Snowdens, entweder nur das Gewicht zu retten oder aber Deutschland doch noch eine letzte Gelegenheit zu einem Eintritte zu geben, das auch im Interesse Englands gelegen hätte. Das sei allerdings an einem Zeitpunkt, als Deutschland und Frankreich sich unter sich geeinigt hätten und die Texte schon feststünden. Man könne daher die Bedeutung dieser Aktion in diesem späten Augenblick, wenn man wolle, nicht allzu hoch veranschlagen. Sie beweise uns aber, wie die englischen Interessen tatsächlich lagen und wo wir und während der Konferenz rechtzeitig hätten einziehen müssen. In gar keinem Fall aber laße es sich entschuldigen, daß Herr Birth in dieser entscheidenden Frage sich vorbehaltlos dem Standpunkt Tardiens angeschlossen. — Die „D.Z.“ weist darauf hin, daß auch die ausländische Presse den Vorgang so dargestellt habe, wie es in einem Teil der deutschen Presse dargestellt worden sei. Auch Tardieu habe nach seiner Sitzung einigen französischen Journalisten unter dem Ausdruck eines gewissen Erstaunens über die Haltung Dr. Births den Hinweis gemacht, daß der gleichen Tendenz gezeichnet wie der englische Pressechef. — Der „Volksk.“ weist darauf hin, daß die offiziellen Dokumente, die Note der Gläubigermächte und die deutsche Antwortnote nichts von einer solchen Einschränkung wiffen, wie sie jetzt von Dr. Birth gemacht worden sein soll.

## Ergebnislose Einigungsversuche in der Disparationsfrage.

\* Haag. Die Bemühungen, im Disparationsausgleich noch in letzter Stunde eine Einigung mit Ungarn herbeizuführen, die am 22.30 Uhr wieder aufgenommen wurden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Die ungarischen Vertreter, die kurz vor 12 Uhr zu den Besprechungen hinzugezogen wurden, haben die Versammlung eine halbe Stunde darauf wieder verlassen. Von ungarischer Seite wird erklärt, daß die Entente sich nur zu einer Regelung bereit erkläre, in der sämtliche Fragen enthalten sind, während die Ungarn an ihrem Standpunkt festhielten, daß sie nur ein Kompromiß über die Agrarfrage eingehen könnten, in dem aber nicht die Entschädigungen für die Erbschätze und die katholische Kirche enthalten sein dürften. Die Verhandlungen sollen, wie von ungarischer Seite weiter mitgeteilt wird, nunmehr zu einem späteren Zeitpunkt in Genf oder Paris fortgesetzt werden. Man wird nun auf Grund der bereits am Freitag nachmittag vorgeschlagenen zwei Formeln in dem Schlußprotokoll der Haager Abmachungen den gegenwärtigen Stand der Dinge festlegen, wodurch eine Weiterführung der Disparationsfrage zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht wird.

## Wieder 13 Todesurteile in Sowjetrußland vollstreckt.

\* Rom n.o. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden am Freitag in Wladischow 13 Bauern erschossen, weil sie verurteilt waren, das Sowjetregime zu kürzen. Sie sollen außerdem Gewalttaten gegen kommunistische Führer verübt haben.

Durchschnittserlöse 2-3 1/4-7 1/4 Proz. Privatbilanzposten  
17. 1. 30  
+ 10  
+ 58  
+ 12  
+ 6  
+ 11  
- 58  
- 87  
- 18  
- 157  
- 100

en  
N.  
berfrant  
180cm  
schraub  
halten  
kaufen.  
Jan. 18.  
W-  
rrad  
neu  
ufen.  
ommalzsch  
-Strabe.  
gut. erb.  
neurolle zu  
bistfr. 79.  
aus  
arten und  
n 1. März  
mit Baden  
vermieten.  
Landhaus  
in Salzen  
erbeten.